



ISSN 1019-0287

Preis 1,49 € (60 LUF)

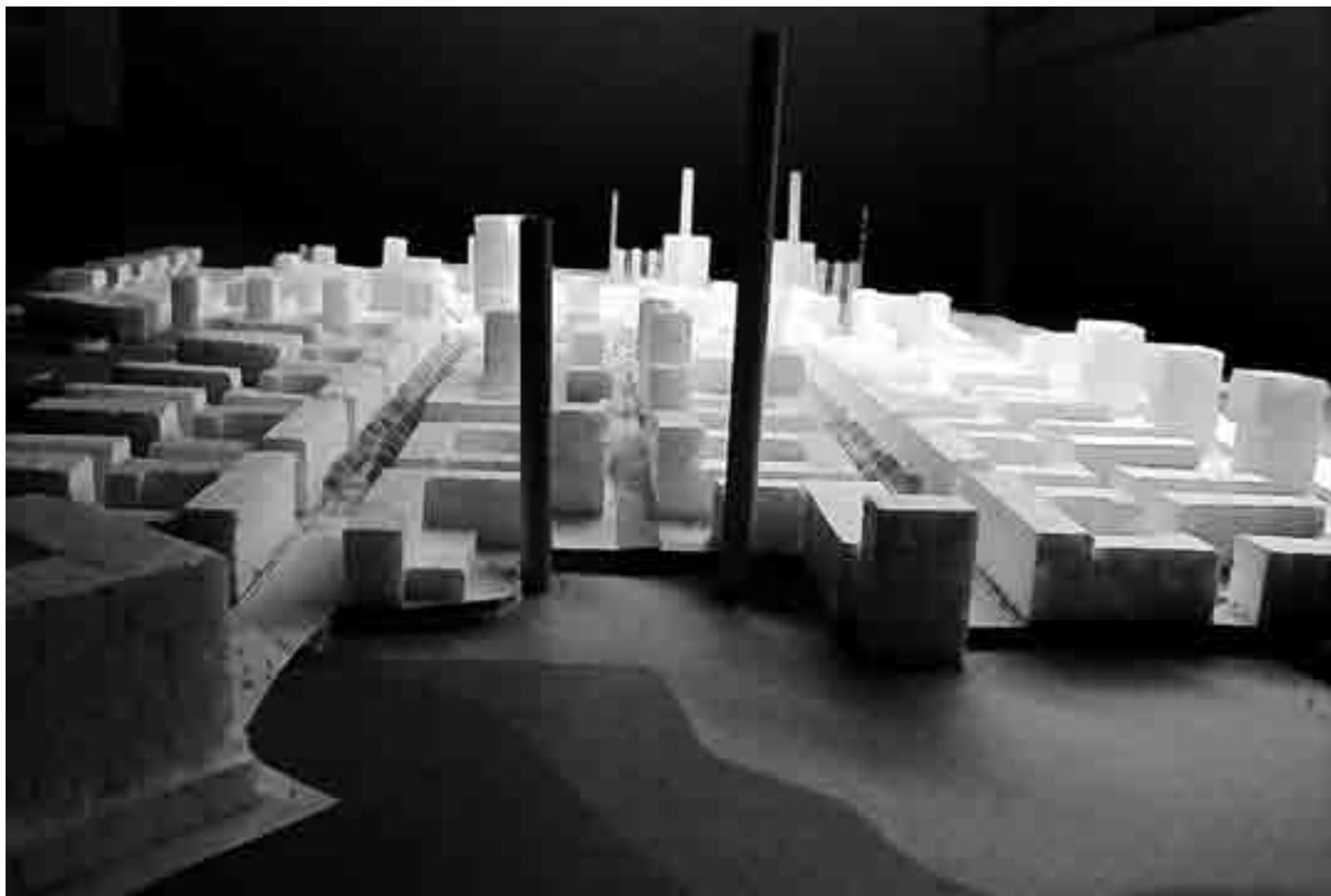
15. Februar 2002

erscheint freitags

15/2-24/2/2002
(film/theatre/concert/events)



Aus alt wird neu



Den Planungsentwurf des Siegers im Wettbewerb zur Rekonversion der Industriebrachen in Esch-Belval zeichnet der Versuch aus, historisch Gewachsenes mit modernem Städtebau zu verbinden.

lifestyle, Seite 11

(Foto: agora)

Urbi et Morby

Ein Untersuchungsausschuss in Sachen Kralowetz u.a. scheint unausweichlich. Wegen Korruptionsvorwürfen und der Unfähigkeit der Behörden, vorhersehbare Pannen zu vermeiden.

dës woch, Seite 3

Vivant brevetable

L'avis de la Commission Nationale d'Ethique sur la directive relative aux brevets sur le vivant surprend par la portée de sa critique. Et embarrasse le pouvoir.

aktuell, page 8



KIRCHE & STAAT

Die geforderte offizielle Anerkennung des Islams weist in die völlig falsche Richtung: Religion und Staat gehören in einer modernen Demokratie getrennt.

"Ech sin resolut der Opfassung dass Staatsinteressen a Kірchinteressen nēt mateneen vermēscht kēnne gin. Ech sin der Meenung dat d'Kірch am pastorale Berāich dat maachen soll, wat si fir sech als hir Missioun empfēnd, dass de Staat a sēngem Berāich, och am philosopheschen, dat soll maachen, wat hien aus den allgemenge Prinzipien dēi hien regēiren als praktesch Handlungsuleedung fir sech ofleet ..."

Kein Geringerer als Premierminister Jean-Claude Juncker selbst soll, so steht es im Schwarzbuch zur Trennung von Kirche und Staat, diesen denkwürdigen Satz gesprochen haben - am 5. Mai 1996 gegenüber RTL.

Doch statt dieses Bekenntnis zur Trennung von Staat und Kirche konsequent umzusetzen, weisen die Zeichen mehr denn je in die entgegengesetzte Richtung: Man denke beispielsweise an den Vorschlag ausgerechnet einer liberalen Bildungsministerin, Religion wieder zum benoteten Schulfach zu machen.

Neuester Vorstoß in Sachen Verquickung Staat und

Religion ist die Forderung des Imam Halili Ahmetspahic, den Islam offiziell als Religion anzuerkennen. Damit beansprucht der Imam für seine Glaubensgemeinschaft vom Luxemburger Staat dieselben Privilegien und Konventionen, wie sie beispielsweise die katholische Kirche erhält. Dazu zählt die Finanzierung von beamteten Geistlichen in der Kirche, der Armee und der Justiz, die staatliche Besoldung von ReligionslehrerInnen und Religionsschulen sowie der öffentliche Unterhalt der Gebets- und Gotteshäuser.

Gründe für seine Forderung hat der Imam genug: Die islamische Gemeinde ist mit mehreren Tausend Mitgliedern die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft hierzulande, vor den Protestanten, den Griechisch-Orthodoxen und den Juden. Da diese aber - wenn auch aus unterschiedlichen Gründen - als offizielle Religionen anerkannt sind und somit die genannten Vorteile genießen, warum sollten dann die zahlenmäßig stärkeren Muslime zurückstehen?

Vor diesem Hintergrund wäre die Legitimierung des

Islams nur konsequent und gerecht - ebenso wie die der Zeugen Jehovas, der Mormonen, der Buddhisten und so weiter.

Religionsfreiheit ist europaweit ein verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Jedem und jeder steht es also frei, zu glauben, was er und sie will, und jedeR ist hierbei vor Verfolgung geschützt. Da wäre es nur logisch, dass der Staat eben kein Recht haben dürfte, einzelne Religionen vorzuziehen und anzuerkennen, andere aber außen vor zu lassen. Dieser staatlich gemachte Unterschied ist an sich schon diskriminierend.

Und warum sollten BürgerInnen, die sich selbst als buddhistisch, muslimisch oder atheistisch bezeichnen, dazu verdonnert werden, (andere) religiöse Einrichtungen mit ihren Steuern mitzufinanzieren? Sie können nicht nur nicht entscheiden, wohin ihr Geld geht, sie haben gleichzeitig keine Ahnung, wofür ihr Geld genau ausgegeben wird, über wie viel Vermögen und Besitztümer die besponsorten Gemeinden wirklich verfügen. Derweil geht ihre Glaubensgemein-

schaft aber leer aus, weil sie eben nicht zum Kreis der Erlauchten zählt ... Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die ILReS-Umfrage aus dem Jahr 1999: Damals hatten sich 94 Prozent der Befragten klar für eine Transparenz bei der Finanzierung ausgesprochen, 41 Prozent waren sogar für eine konsequente Trennung.

Die mit kirchlichen Einrichtungen verbundenen Arbeitsplätze, indirekt zu Teilen aus Steuergeldern finanziert, stehen Anders- oder Nichtgläubigen ebenfalls nicht zur Verfügung, sind sie doch an Konfessionszugehörigkeit gebunden.

Wirklich alle Glaubensgemeinschaften gleichzustellen, heißt darum: Schluss mit dem staatlichen und steuerlichen Sponsoring, kein Zugang von Religionen gleich welcher Art in die Lehrpläne der Schulen. Aber alle Bürger und Bürgerinnen können nach freiem Wunsch und Gewissen ihre Glaubensgemeinschaft mit Spenden unterstützen oder ihre Kinder, so diese wollen, in konfessionsgebundene, private Schulen schicken. Das wäre tatsächlich gerecht und demokratisch.

Saxo classique

Son instrument est le saxophone: Nadine Kauffmann, une jeune musicienne qui sait franchir des obstacles avec une volonté incroyable.

magazine, page 9

Belge en concert

"Ozark Henry" est le "nouveau" phénomène du pop-rock belge. Une interview avec le musicien qui chante avec une voix plutôt nasillarde.

magazine, page 11



Ein Kommentar von
Ines Kurschat

Preis: 1,49 € (60 LUF)

